

Projektskizze zur Studie:

Jüdisches Leben und Alltag in Hamburg (LeAH)

Projektskizze einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung von

Prof. PA Dr. Joachim Häfele, Institut für Kriminalitäts- u. Sicherheitsforschung (IKriS),
Polizeiakademie Niedersachsen

Prof. Dr. Eva Groß, Akademie der Polizei Hamburg

Stefan Hensel, Antisemitismusbeauftragter der Freien und Hansestadt Hamburg

Eleonore Yassine-Sahyouni, Referentin in der Behörde für Wissenschaft, Forschung,
Gleichstellung und Bezirke, Referat Förderung des jüdischen Lebens, G 14.1

**erstellt im Auftrag des Antisemitismusbeauftragten und der Behörde für
Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung**

Ansprechpartner & Realisierung

Prof. PA Dr. Joachim Häfele

Polizeiakademie Niedersachsen

Bloherfelder Straße 235 | 26129 Oldenburg | Tel.: +49 (0) 176 2170 4053

E-Mail: joachim.haefele@polizei.niedersachsen.de

Prof. Dr. Eva Groß

Fachhochschulbereich in der Akademie der Polizei Hamburg

Carl-Cohn-Straße 39 | 22297 Hamburg | Tel.: +49 (0) 40/4286-24960

E-Mail: eva.gross@poladium.de

Stand: Juli 2023

1. Forschungsgegenstand

Zu Formen und Verbreitung von Antisemitismus in Hamburg liegen bisher nur lückenhafte Erkenntnisse vor. Es gibt die Daten der Polizei, die allerdings nur Straftaten erfassen und nur unzureichende Erkenntnisse über die Täter- und Tathintergründe liefern. Außerdem erhebt seit März 2021 die Hinweisstelle „memo – Digitale Hinweisstelle für antisemitische, rassistische und rechte Vorfälle“ nach eigenen Kriterien Daten und ergänzt das polizeiliche Bild. Anekdotische Schilderungen von jüdischen Hamburger:innen lassen gleichwohl vermuten, dass es ein großes Dunkelfeld von Taten gibt, die bisher in keiner Form erfasst werden. Darüber hinaus sind Jüdinnen und Juden mit vielen Formen von Abwertung konfrontiert, die ihren Alltag beeinflussen, von Mikroaggressionen, z. B. abschätzigen Blicke oder codierten abwertenden Äußerungen, über manifeste Diskriminierung bis zu körperlichen Übergriffen. Die Angst vor solchen Abwertungen kann ein Vermeidungsverhalten befördern, so dass z. B. die jüdische Identität verborgen wird. Zum Dunkelfeld der Belastung jüdischer Hamburgerinnen und Hamburger durch Antisemitismus besteht in Hamburg eine Erkenntnislücke, die mithilfe einer empirischen sozialwissenschaftlichen Studie möglichst umfassend geschlossen werden soll.

2. Wissenschaftlicher Kontext

Die Verbreitung antisemitischer Ressentiments wird in Deutschland regelmäßig empirisch erforscht und in ihrer Entwicklung bewertet. Besonders relevant sind auf diesem Gebiet zwei Studienreihen. Die eine wird im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung in Bielefeld zweijährlich durchgeführt, sie ist bekannt unter dem Namen „Mitte-Studie“ (Zick, Andreas, Beate Küpper (Hrsg.), Die geforderte Mitte – Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland, Bonn 2021). Die andere Reihe ist bekannt als „Leipziger Autoritarismus-Studie“ (Oliver Decker, Elmar Brähler (Hrsg.), Autoritäre Dynamiken, Alte Ressentiments – Neue Radikalität, Gießen 2020).¹

Diese Forschungen untersuchen rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen, Antisemitismus wird dabei als Phänomen konzeptualisiert und quantifiziert. Allerdings fehlt in den Studien die Perspektive der Betroffenen von Antisemitismus, und es fehlen Aussagen zur Situation in Hamburg. Hieran soll die geplante Studie anknüpfen und die Wissenslücken schließen.

¹ Zu Antisemitischen Vorfällen jenseits der polizeilichen Hellfeldstatistik siehe auch die regelmäßigen Erhebungen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin): https://www.report-antisemitism.de/documents/Antisemitische-Vorfaelle-2020_Jahresbericht_RIAS-Berlin.pdf

Aktuell relevante Forschungsprojekte mit Hamburg-Bezug:

Derzeit laufen zwei empirische Forschungsprojekte, die Daten in Hamburg erheben. Es erscheint ratsam, die Veröffentlichung der Ergebnisse abzuwarten, um Redundanzen zu vermeiden und unsere Fragestellungen passgenau zu formulieren:

- Die Studie „Hatetown“ erforscht die Belastung verschiedener Bevölkerungsgruppen durch Hasskriminalität und Hatespeech. Mit quantitativen und qualitativen Methoden untersucht sie zahlreiche Formen von vorurteilsgeleiteter Kriminalität sowie von vorurteilsgeleiteten Taten jenseits strafrechtlicher Relevanz. Das Projekt fragt dabei nach der subjektiven Belastung der betroffenen Gruppen, auch Jüdinnen und Juden werden gezielt befragt, wie sie von antisemitischen Taten belastet sind. Die Ergebnisse sollen in die statistischen Erfassungsmethoden der Polizei sowie in die Präventionsarbeit einfließen. „Hatetown“ ist ein Kooperationsprojekt des LKA Niedersachsen, der Polizeiakademie Niedersachsen und der Hochschule in der Akademie der Polizei Hamburg. Die Ergebnisse werden für die erste Jahreshälfte 2023 erwartet.
- Unter dem Titel „Konflikt und Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft – Gewaltvolle Dynamiken und gruppenbezogene Abwertung in Hamburg“ wurde zwischen dem 15. Juli 2019 und dem 31. Dezember 2021 unter der Leitung von Oliver Decker im Auftrag der Sozialbehörde (Amt für Arbeit und Integration) eine Studie an der Universität Leipzig durchgeführt. Der erste Teil der Studie befasst sich mit linker Militanz, im zweiten Teil werden die Dynamiken antisemitischer Ressentiments in Hamburg qualitativ beschrieben und bewertet. Methodisch arbeitete die Studie mit Gruppendiskussionen, die tiefenhermeneutisch ausgewertet wurden. Die Ergebnisse des zweiten Forschungsstranges liegen der BWFGB seit Kurzem vor, sie werden derzeit senatsintern ausgewertet.

3. Fragestellungen

Die Studie erhebt die subjektive Belastung Hamburger jüdischer Menschen durch antisemitische Straftaten und nicht-strafbare antisemitische Handlungen und (Alltags-)Diskriminierungserfahrungen quantitativ. Sie quantifiziert zudem die Belastung durch wahrgenommene Ressentiments und öffentliche Diskurse, die antisemitische Gehalte haben können (z. B. Beschneidungsdebatte, Sprechweisen über Israel oder die deutsche Vergangenheit). Zu den exemplarischen Fragen gehören:

- In welchem Ausmaß leiden Hamburger Jüdinnen und Juden an (alltäglichem) Antisemitismus?
- Welche Formen antisemitischer Ressentiments, Diskriminierungen und Übergriffe erleben sie? Wie gehen sie mit diesen Erfahrungen um?

- Wie bewerten sie den Umgang der Sicherheitsbehörden mit antisemitischen Übergriffen?
- Wie sehen sie die Haltung der Mehrheitsgesellschaft gegenüber Antisemitismus?
- Welche Maßnahmen sollten aus ihrer Sicht getroffen werden?

Die Jüdische Gemeinde in Hamburg KdöR (JGHH) möchte im Zuge der Befragung ihrer Mitglieder zusätzlich ein eigenes Erkenntnisinteresse verfolgen:

- Aus welchen Gründen streben viele Hamburger Jüdinnen und Juden, die die Aufnahmekriterien der JGHH erfüllen, keine Mitgliedschaft in der Gemeinde an?

Weitere Fragestellungen zum jüdischen Leben in Hamburg werden gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde in Hamburg entwickelt.

4. Zielgruppen

Mitglieder der Jüdischen Gemeinde und deren Angehörige in Hamburg KdöR (JGHH).

5. Methodik

Die Studie erfolgt quantitativ (Befragung aller Mitglieder und Angehörigen der Jüdischen Gemeinde über eine Vollerhebung). Die Konstruktion des Erhebungsinstrumentes erfolgt angelehnt an den nationalen und internationalen Forschungsstand zur Thematik.

6. Trägerschaft und Kooperationen

Die Umsetzung, Auswertung und Abfassung der Studie soll eine sozialwissenschaftlich ausgerichtete Forschungseinrichtung übernehmen. Die an „Hatetown“ beteiligten Forschungsinstitute, das Institut für Kriminalitäts- u. Sicherheitsforschung an der Polizeiakademie Niedersachsen (IKriS) und die Hochschule der Akademie der Polizei Hamburg – sind hierfür besonders geeignet, da die vorliegende Fragestellung als Erweiterung bzw. Vertiefung der bereits im Forschungsprojekt „Hatetown“ erhobenen Diskriminierungserfahrungen in der Hamburger Bevölkerung aufgefasst werden kann.

Das Projekt wird in Kooperation mit dem Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ) und der Jüdischen Gemeinde in Hamburg als Staatsvertragspartnerin der Freien und Hansestadt Hamburg durchgeführt. Alle Forschungsschritte werden in enger Abstimmung mit Vertreter:innen der Jüdischen Gemeinde Hamburg durchgeführt.

Assoziierte Partner

- Heinrich Heine University Düsseldorf, Institute for the Social Sciences, Prof. Dr. Heiko Beyer
- Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Institut für Kriminalwissenschaften, Prof. Dr. Stefanie Kemme
- Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke, Amt für Gleichstellung und gesellschaftlichen Zusammenhalt
- Der Antisemitismusbeauftragte der FHH (Stefan Hensel)
- Institut für die Geschichte der deutschen Juden (IGdJ)

Wissenschaftlicher Beirat

- Universität Bielefeld, Institut für interdisziplinäre Konflikt- u. Gewaltforschung (IKG), Prof. Dr. Andreas Zick
- TU Chemnitz, Zentrum für kriminologische Forschung Sachsen (ZKFS), Prof. Dr. Frank Asbrock

7. Zeitplan

Für die wissenschaftliche Projektierung des quantitativen Moduls, d.h. die Durchführung und Auswertung der Umfrage sowie die Publikation der Ergebnisse ist eine Laufzeit von 13 Monaten eingeplant.